



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### Sozialpädagogische Arbeit an Schulen langfristig sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest: Schulsozialarbeit ist für erfolgreiche inklusive Bildung in allen Schulformen unverzichtbar. Als Bestandteil der Arbeit multiprofessioneller Teams eröffnet sie in besonderem Maß die Perspektive auf individuelle Lebenssituationen und Lernausgangslagen von Schülerinnen und Schülern. Die Erfahrungen und das Engagement von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern verbessern das Lernklima und können so den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern sichern.

Der Landtag bekennt sich deshalb dazu, nach Auslaufen der EU-Förderperiode 2020 Schulsozialarbeit mindestens im derzeit geförderten Umfang fortzusetzen und langfristig zu sichern.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zeitnah mit den notwendigen Vorbereitungen dafür zu beginnen. Dazu gehören insbesondere folgende Vorhaben und Prämissen:

Gemeinsam mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Sachsen-Anhalt, der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit und den kommunalen Spitzenverbänden sollen zeitnah der konzeptionelle Rahmen und die Finanzierungsbedingungen vereinbart werden.

Das heißt unter anderem,

- die gemeinsamen Zuständigkeiten von Schulen, Schulverwaltung und Freien Trägern unter Einbindung der Landkreise und Gemeinden für erfolgreiche Bildungsprozesse zu sichern,
- institutionelle Rahmenbedingungen zu vereinbaren, die sich an den Erfahrungen der laufenden Förderperiode orientieren,
- eine dauerhafte, gemeinsame und anteilige Finanzierung von Land und Kommunen zu vereinbaren,

- die Arbeitsbedingungen in Anlehnung an die tariflichen Regelungen des öffentlichen Dienstes zu gestalten und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu sichern.

Es sollen Vorbereitungen getroffen werden, um auch künftig die gemeinsamen Erfahrungen und Ergebnisse der Arbeit von Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kontext von Schulsozialarbeit wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren.

3. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, praxisnahe schulinterne Angebote zur Fortbildung der Lehrkräfte und der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an den Schulen zu qualifizieren, stärker den gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und dafür notwendige Ressourcen bereitzustellen.
4. Darüber hinaus wird die Landesregierung beauftragt, sich auf Bundesebene für eine Verankerung von Schulsozialarbeit als Regelleistung der Kinder- und Jugendhilfe im Sozialgesetzbuch – Achtes Buch – einzusetzen. Es soll ein Bundesprogramm mit Beteiligung der Länder zur Finanzierung flächendeckender Angebote schulbezogener Jugendarbeit initiiert werden.
5. Im I. Quartal 2017 und dann fortlaufend soll über den Stand der Vorbereitungen im Ausschuss für Bildung und Kultur sowie im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration berichtet werden.

## **Begründung**

Das Engagement und die Erfahrungen der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in den vergangenen Jahren zeigen, dass ihre Arbeit als notwendiger Bestandteil multiprofessioneller Teams an den Schulen den Bildungserfolg vieler Schülerinnen und Schüler verbessern bzw. sichern kann.

Insbesondere ihre Perspektive auf die individuelle Lebens- und Lernsituation der Kinder und Jugendlichen ermöglicht soziales und ganzheitliches Lernen, fördert demokratisches Aushandeln von konflikthafter Beziehungen und ermöglicht eine kooperative Erziehungspartnerschaft mit Eltern.

Darüber hinaus kann ein Kompetenztransfer zwischen Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern die Entwicklung von Schule als Lern- und Lebensort ebenso wie die Unterrichtsqualität selbst verbessern.

Schulsozialarbeit bietet im Sinne demokratischer und politischer Bildung vielfältige Möglichkeiten für die Teilhabe an Entscheidungsprozessen und die Übernahme von Verantwortung durch Schülerinnen und Schüler, um demokratische Partizipationskultur an Schulen zu entwickeln.

Swen Knöchel  
Fraktionsvorsitzender